

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Helm / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich Nr. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpöhlige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Quartale die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen teils Gemäß. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 149

Sonntag, den 29. Juni 1929.

84. Jahrgang

Kundgebung der Reichsregierung zum Tage von Versailles.

Anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages, an dem in Versailles das Zwangsdictat unterzeichnet wurde, veröffentlicht der Reichspräsident und die Reichsregierung folgende Kundgebung:

An das deutsche Volk!

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verstrichen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre lastet der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Wert des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailler Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der Alliierten, daß Deutschland am Kriege, und in der festen Zuversicht, daß dem Gedankens eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Ueberzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident.
gez. von Hindenburg.

Die Reichsregierung.
gez. Müller, Dr. Stiefemann, Groener, Dr. Curtius,
Dr. Witt, Dr. Schädel, Wissel, Dr. Hilferding, Seering,
Dietrich, Dr. v. Götter, Dr. h. c. Stegerwald.

Kundgebungen zum 28. Juni. Die sächsische Wirtschaft.

Dresden, 28. Juni. Die zur Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft zusammengeschlossenen Organisationen des sächsischen Handels, Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft veröffentlichten anlässlich der Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages folgende Kundgebung:

Zum zehnten Male führt sich der Tag, an dem Deutschland durch die Folgen des verlorenen Krieges, der Hungerkatastrophe und innerer Uneinigkeit zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages gezwungen wurde, hat sich auch in den vergangenen Jahren der unbesiegbare Lebenswille des deutschen Volkes, die rastlose Schaffenskraft seiner Wirtschaft in jähem Widerstande gegenüber diesem sinnlosen Werke der Anebelung und Vernichtung behauptet, haben auch harte wirtschaftliche Notwendigkeiten und vernunftmäßige Erwägungen die teilweise Wiedereingliederung Deutschlands in den friedlichen Güteraustausch der Welt ermöglicht, so konnte doch bisher nur ein kleiner Teil der durch Haß und Abneigung künstlich gegen die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs aufgerichteten Schranken niedergelegt werden. Die festen Grundlagen für eine auf Vertrauen beruhende wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker fehlen fast noch allerorten. Noch sind Fragen von großer nationaler, aber auch wirtschaftlicher Bedeutung nicht endgültig geregelt, weil der Gedanke edlen friedlichen Wettstreits und wahren Volkswirtschaftens immer noch übermächtig wird von nationalstiftischen Erwägungen. Das schwerste psychologische Hemmnis ist ohne Zweifel die Kriegsschuldfrage, die von Deutschland in Zeiten der Ohnmacht erprechtet Unkenntnis der Alliierten am Kriege. Die sächsische Wirtschaft, in wichtigen Teilen vom Fortschreiten des Gedankens internationaler Gemeinheitsarbeit abhängig, ist sich am Jahrestage der Un-

terzeichnung des Versailler Vertrages mit dem gesamten deutschen Volk darin einig, daß die Beseitigung des in diesem Vertrag enthaltenen, den historischen Tatsachen widersprechenden Kriegsschuldurteils aus Gründen nationaler Ehre, im Interesse der Hebung der Völkermoral und wegen der Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Aufbau der gesamten Welt im gegenseitigen Vertrauen aller Völker zu fördern, ein unabwiesbares Erfordernis ist. Sie unterstützt mit dem gesamten deutschen Volk die zuständigen Stellen des Reiches in ihrem Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage, um durch ihre Beseitigung den Weg für eine wahre Verständigung der Völker freizumachen und hält es für notwendig, die Beseitigung des einseitig gefällten Kriegsschuldurteils durch Berufung eines neutralen internationalen Ausschusses von Sachverständigen, der ein unparteiisches Urteil über die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg abgeben soll, zu betreiben.

Der Deutsche Evang. Kirchenausschuss erklärt: Mit dem gesamten deutschen Volke gedenkt der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss als die berufene Vertretung des Bundes der deutschen Landeskirchen in Trauer der zehnjährigen Wiederkehr des Tages von Versailles. Mit allen gerecht Denkenden und sittlich Empfindenden hält der Kirchenausschuss das Erzwingen eines Schuldgeständnisses durch äußere Gewalt für verwerflich. Auch der Fortleitungsausschuss der Weltkonferenz für praktisches Christentum hat bei seiner Tagung in Bern 1926 ein erzwungenes Schuldgeständnis für moralisch wertlos und religiös kraftlos erklärt. Ueberzeugt, daß bei einer unparteiischen Untersuchung das deutsche Volk gerechtfertigt werden wird, unterstützt der Kirchenausschuss nach wie vor nachdrücklich die Forderung einer restlosen Aufklärung der wahren Kriegursachen, wie dies auch vom Stockholmer Fortleitungsausschuss verlangt worden ist. Der Wahrheits- und Gerechtigkeitswille in allen Völkern und Kirchen muß dafür eintreten, daß die im Diktat von Versailles und in der Mantelnote ausgesprochene Belastung des deutschen Volkes mit der Kriegsschuld baldigst beseitigt wird. Nur so können die Beziehungen zwischen den Völkern entspannt werden.

Die Deutsche Sängerschaft

Schreibt: „Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, das vor unparteiischen Richtern nachzuweisen.“ Die Deutsche Sängerschaft gelobt dem deutschen Reichspräsidenten, der diese Worte am Tannenbergsdenkmal sprach, auch hierin treue Gefolgschaft. Sie fordert um des deutschen Volkes Ehre und Lebens willen, daß das Kriegsschuldurteil des Artikels 231, das eine Lüge ist, beseitigt und daß ein internationaler Ausschuss von Sachverständigen eingesetzt werde, der ein unparteiisches, wissenschaftlich begründetes Urteil abzugeben hat. Die Deutsche Sängerschaft fordert fernerhin von den Regierungen des Deutschen Reiches und der Länder, daß sie die scharfe Waffe unerer Schuldlosigkeit mit mehr Kraft gebrauchen als bisher.

Der Deutsche Offiziersbund, Landesverband Sachsen.

erläßt eine Erklärung, in der es heißt: Wenn trotz des erdrückenden, zu Deutschlands Gunsten sprechenden Beweismaterials die amtlichen Stellen der ehemaligen Entente Staaten noch immer nicht von der Kriegsschuldfrage abrücken und den § 231 preisgeben wollen, so ist es demgegenüber Aufgabe des deutschen Volkes, durch seine einmütige und unerschütterliche Haltung dem Auslande immer wieder zu bezeugen, daß es nicht willens ist, dieses verlogene und ehrenrührige Urteil für alle Zeiten stillschweigend hinzunehmen. Je geschlossener und willensstärker Deutschland in dieser Schlußfrage zusammensteht, desto weniger wird die Lüge des § 231 aufrechtzuerhalten sein. Am 28. Juni führt sich zum 10. Male der Tag, an dem die Vertreter des deutschen Volkes durch die brutale Macht der „Sieger“ gezwungen wurden, ihre Unterschrift unter jenes fürchterliche Dokument zu setzen, das unser Reich verstümmelte und unser Volk auf Generationen hinaus zu Sklaven der „Siegerstaaten“ machte. Mächte die Welt an ihrem Tage widerhallen von dem Aufschrei eines gemachten Volkes, das in heißem Ringen um seine Ehre und seine Zukunft steht!

Aufruf des „Ruffhäuserbundes“.

Berlin, 27. Juni. Der Vorstand des Deutschen Reichs-„Ruffhäuserbundes“ hat an die Reichsregierung ein

Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß der Reichs-„Ruffhäuserbund“ es sich zur Aufgabe gemacht habe, im Jahre 1929, das den zehnjährigen Jahrestag der erzwungenen Unterschrift unter das Diktat von Versailles bringe, das deutsche Volk zu einem planmäßigen und kraftvollen Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage aufzurufen. Der Bund fühle sich dazu berufen, weil er sich frei fühle von allen parteipolitischen Absichten und weil seine Mitglieder sich ganz besonders in ihrer Soldatenehre verletzt fühlen durch die Mantelnote, die ihnen verbrecherische Kriegsführung vorwirft. Es sei zu hoffen, daß die von dem Bund seit längerer Zeit eingeleitete Bewegung gegen die Kriegsschuldfrage durch die Kundgebungen am 28. Juni neue Stöße empfangen und über alle Parteigrenzen hinweg jene Einigkeit erzwingen werde, die allein die Möglichkeit der Geschlossenheit des Handlens nach außen gibt. Im Namen seiner 3 Millionen Mitglieder bittet der Ruffhäuserbund die Reichsregierung dringend, jedes mögliche Mittel anzuwenden, um als notwendige Vorbedingung jeder Bittererhöhung die Versailler Kriegsschuldfrage zu Fall zu bringen.

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Ostschlesien.

erläßt eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: Bei der zehnjährigen Wiederkehr der Schmach von Versailles geloben wir nicht zu rasten und zu ruhen, bis Deutschlands Freiheit wieder aufgerichtet und der sogenannte Friedensvertrag zertrümmert ist. Wir werden keine gefühlige Möglichkeit ungenutzt lassen, um zu verhindern, daß die Pariser Abkommen Belegkraft erlangen. Weil die Not und die bisherigen Ergebnisse aller Verhandlungen gebieten, trotz feilscher Zermürbung und entgegen unmännlicher Demut, unerschütterlichen Widerstandswillens des gesamten Volkes zu entsagen, stellt sich die Deutschnationale Volkspartei Ostschlesiens einmütig auf den Boden der Entschlossenheit ihres Parteivorstandes vom 15. Juni. Sie steht in ihr die Möglichkeit, den Weg für ein Volkswort freizumachen, das unser deutsches Volk selbst vor die Frage stellt, ob es Kinder und Kindeskindern um eines Augenblickserfolges willen in Not, Sklaverei und Würdelosigkeit stoßen will.

Diesen Kampf will die Deutschnationale Volkspartei nicht als Partei, sondern als stärkste parlamentarische Vertretung der nationalen Bewegung führen. Sie ruft jeden Deutschen, in dem nationales Empfinden lebt, zur Mithilfe hierzu auf.

Ein Aufruf der Demokraten.

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrages erlassen der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei und die demokratische Reichstagsfraktion einen Aufruf, in dem gesagt wird: „Die deutsche Demokratie hat schon während der Verhandlungen über den Friedensvertrag von Versailles und unermüdet, nachdem der Friedensvertrag dem deutschen Volke aufgezwungen war, gegen die unwahre Behauptung gekämpft, daß Deutschland die Schuld an diesem Kriege trägt. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage war nicht ohne Erfolg. Mehr und mehr hat sich im ehemals feindlichen Auslande und in den neutralen Staaten die Ueberzeugung durchgesetzt, daß der Artikel 231 des Versailler Vertrages gegen die geschichtliche Wahrheit grob verstoßt.“

Es kann aber der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage mit starker Wirkung nur geführt werden, wenn man ehrlichen Herzens sich von jeder zu der Ueberzeugung bekennt hat und sich weiterhin zu ihr bekennt, daß feinerkeit machtpolitische Erwägungen die Entfesselung eines Krieges rechtfertigen. Gerade deshalb dürfen die deutschen Demokraten, die schon lange vor dem Kriege den Gedanken der Völkerverständigung vertreten haben, den Demokraten der anderen Länder mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen, daß es mit dem Geiste einer aufrichtigen Verständigung nicht vereinbar ist, die Lüge deutscher Kriegsschuld in dem Vertrage von Versailles weiterhin aufrechtzuerhalten.

Um der aufrichtigen Völkerverständigung willen rufen wir die Demokraten in allen Ländern auf, uns im Kampfe gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld tatkräftig zu unterstützen.“

Die Jungdeutschen.

Im Jungdeutschen erklärt der Jungdeutsche Orden, daß er im Kampfe gegen das Versailler Diktat und gegen die Kriegsschuldfrage stets in vorderster Linie gestanden habe, und daß er diesen Kampf nicht nur allein in Deutschland geführt, sondern im Auslande, besonders im früher feindlichen Auslande. In diesem Sinne, also im Geiste der Volksgemeinschaft, nehme der Jungdeutsche Orden auch diesmal an den Kundgebungen gegen das Versailler Diktat und die Kriegsschuldfrage teil.